

Justizgebäude im Wachmeisterbereich, um uns diesen neuen Herausforderungen wirksam stellen zu können.

Eine weitere große Aufgabe, die vor uns liegt, ist die Modernisierung der Justiz. Wir wollen nicht beim heutigen Stand bleiben, sondern die Justiz modern weiterentwickeln und zukunftsfähig machen. Deswegen sind wir auf dem Weg der Digitalisierung, des elektrischen Rechtsverkehrs und der elektronischen Akte. Ich bin sehr froh darüber, dass auch im Haushalt entsprechende Mittel, nämlich 56 Planstellen für das Jahr 2016 sowie rund 23 Millionen € Sachmittel, für diesen Prozess vorgesehen sind, damit wir unsere Justiz nicht nur aktuell, sondern auch in der Zukunft so leistungsfähig halten, wie sie es jetzt schon ist. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Kutschaty. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Damit kommen wir zur Abstimmung über den Einzelplan 04. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/10504, den Einzelplan 04 unverändert anzunehmen. Wer stimmt dem so zu? – SPD und Grüne. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP und Piratenfraktion. Gibt es Enthaltungen? – Niemand will sich enthalten. Dann ist der **Einzelplan 04** somit in **zweiter Lesung** mit Mehrheit **angenommen**.

Ich rufe nun auf:

**Einzelplan 06
Ministerium für Innovation, Wissenschaft und
Forschung**

Ich weise hin auf die **Beschlussempfehlung** und **Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 16/10506**. Ich eröffne die Aussprache und erteile für die CDU-Fraktion Herrn Dr. Berger das Wort.

(Unruhe – Dietmar Bell [SPD]: Nur Mut, Herr Dr. Berger, nur Mut!)

Dr. Stefan Berger (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Weil es so nett begonnen hat, möchte ich die Haushaltsrede tatsächlich auch einmal mit einer positiven Botschaft beginnen.

(Zuruf von der SPD)

Dieser Haushalt ist der historisch höchste, der jemals im Wissenschaftsbereich im nordrhein-westfälischen Landtag vorgelegt wurde, und das, meine Damen und Herren, ist grundsätzlich erst einmal gut.

(Beifall von der CDU, der SPD und den GRÜNEN)

Damit enden aber auch schon die positiven Botschaften; denn diese 8,2 Milliarden € werden sowohl in ihrer Höhe als auch in Teilen ihrer Verwendung den anstehenden Herausforderungen nicht gerecht.

Zunächst einmal haben wir eine gewaltige Steigerung der Zahl eingeschriebener Studenten zu verzeichnen. In 2010 waren es noch 500.000, jetzt sind es über 740.000, und es zeigt sich leider klar: Die Erhöhungen Ihrer Haushalte halten mit dem Aufwuchs der Studierendenzahlen nicht mit. Besonders deutlich wird dies an der Betreuungsrelation Studierende/Lehrende. Sie liegt in Bayern bei 6,2, in Baden-Württemberg bei 4,9 und im Durchschnitt aller Bundesländer bei 7,1. Frau Schulze, nach fünf Jahren Ihrer Ministertätigkeit liegt Nordrhein-Westfalen mit 9,6 Studierenden pro Lehrendem am Ende der Rangliste in der Bundesrepublik.

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Das sind die Zahlen des Statistischen Bundesamtes von Anfang Oktober 2015.

Dass es anders gehen könnte, hat Ihnen die Vorgängerregierung gezeigt. Als Andreas Pinkwart Ihnen, Frau Schulze, das Amt übergab, lag die Betreuungsrelation noch bei 8,8. Schritt für Schritt haben Sie dazu beigetragen, dass sich Nordrhein-Westfalen wieder einmal am schlechten Ende einer Wissenschaftsstatistik befindet.

In allen Ausschusssitzungen haben die Fraktionen von Rot und Grün über die Erhöhung der Haushaltsansätze gejubelt. Wir haben aber gerade gesehen, dass diese Erhöhungen nicht ausreichend sind, und wir sehen des Weiteren, dass die rot-grüne Landesregierung sich hier mit fremden Federn schmückt. Würde man nämlich die gesamten Mittel, die aus Berlin nach Düsseldorf überwiesen werden, wie zum Beispiel 1 Milliarde € für den Hochschulpakt oder die Bund-Länder-Finanzierung für Forschungseinrichtungen, herausstreichen,

(Karl Schultheis [SPD]: Warum heißt das wohl Bund-Länder-Finanzierung!)

dann bliebe an Erhöhungen, Herr Schultheis, so gut wie nichts mehr übrig, und ohne den Bund würde an nordrhein-westfälischen Hochschulen kaum mehr eine Perspektive entfaltet werden können.

Deswegen wären Sie, meine Damen und Herren von Rot-Grün und insbesondere Sie, Herr Schultheis, gut beraten, wenn Sie einmal Frau Wanka dafür danken würden, dass Sie ein schnelleres Absinken in Nordrhein-Westfalen verhindert.

Geld ist in der Wissenschaftspolitik aber nicht alles. Entscheidend dafür, wie sich unsere Wissenschaftslandschaft aufstellt, ist natürlich auch die Art und

Weise der Schwerpunktsetzung innerhalb des Haushaltes.

Meine Damen und Herren, es gibt eine Menge Beispiele, die erkennen lassen, dass in Nordrhein-Westfalen die falschen Schwerpunkte gesetzt werden.

(Zuruf: Bei Herrn Dr. Berger auch!)

Erstens. Zwar wurde Geld für ein Nachfolgeprogramm des erfolgreichen Hochschulmodernisierungsprogramms eingestellt, aber obwohl das Projekt nun seit einem Jahr läuft, kann das Ministerium trotz mehrfacher Nachfrage keine konkreten Projekte benennen.

(Karl Schultheis [SPD]: Was sagen Sie denn zu der DFG-Statistik?)

In diesem Zusammenhang stellt sich natürlich die Frage: Wofür werden hier 100 Millionen € eingestellt, wenn dafür nichts gebaut oder saniert wird?

Zweitens. Stichwort: Qualitätsverbesserungsmittel. Jetzt, Herr Schultheis, komme ich auf Aachen zu sprechen. Laut Antwort einer Kleinen Anfrage hatte Ihre geliebte RWTH Aachen im Wintersemester 2010 noch knapp 25.000 Studierende, jetzt sind es 34.376. Gleichzeitig sind aber Ihre Qualitätsverbesserungsmittel von knapp 22 Millionen € auf 17,6 Millionen € gefallen. So geht also Qualitätsverbesserung nach Ihrer Fassung: 10.000 Studierende mehr, 5 Millionen € weniger Geld.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

Drittens. Stichwort: Care. Ihre Forschungspolitik, Frau Ministerin, ist eine Katastrophe. Sie haben das Forschungsinstitut Care solange geprüft und mit Prüfungen durch Unternehmensberatungen überzogen, bis es nach Bayern abgewandert ist.

(Norwich Rüsse [GRÜNE]: Dann war es wohl doch nicht so gut!)

Das Care-Institut wird jetzt in Bayern aufgebaut. Dafür wird – wir haben darüber geredet – die nordrhein-westfälische Landesregierung den Bayerischen Verdienstorden erhalten.

Viertens. Gerade heute entnehmen wir der Presse, dass eine Studie von Prof. Bernd Kriegesmann von der Ruhr-Universität Bochum zeigt, wie wenig ausgeprägt die Innovationskooperation zwischen Unternehmen und Forschern nach gut fünf Amtsjahren von Ministerin Schulze ist. Nur 20 % der Unternehmen in der Ruhrregion kooperieren mit nordrhein-westfälischen Wissenschaftseinrichtungen. Der Rest strebt laut Herrn Kriegesmann nach Süddeutschland. Frau Schulze, dieses Ergebnis ist für Ihre Innovationspolitik ein Schlag ins Gesicht.

(Beifall von der CDU)

Fünftens. Wie selbstherrlich und arrogant Rot-Grün vorgeht, war im Wissenschaftsausschuss am

18. November 2015 zu sehen, als es um 180.000 € für das Forschungsinstitut für Wald und Holz ging. Hier wurden schriftlich zugesagte Gelder vom Ministerium nachträglich einfach gestrichen. Es hieß, man habe sich verrechnet. Angesichts der Höhe des Gesamtansatzes wurde jetzt die Opposition attackiert, wie man es denn wagen könnte, dieses Thema überhaupt angesprochen zu haben. Frau Schulze, auch hier hat sich Ihr Ministerium nach allen Regeln der Kunst blamiert. Die E-Mails, die wir heute wieder zu diesem Thema erhalten haben, belegen dies eindrücklich.

Sechstens. Ein weiterer mindestens fragwürdiger Baustein Ihrer angeblichen Forschungspolitik ist Ihre Initiative Fortschritt NRW. Die Mittel für diese Initiative betragen wie im Vorjahr 20 Millionen €. Der Anforderungskatalog für Ihre angebliche Forschungspolitik beinhaltet allerdings nebulöse und sozialwissenschaftlich gegenderte Kriterien. Wen wundert's? Jetzt ist in den Planungen Ihres Hauses vorgesehen, dass diese Kriterien zum Maßstab einer Förderung von Forschungsaufträgen in Nordrhein-Westfalen gemacht werden sollen. Hier drängt sich ganz klar der Verdacht auf, dass Forschung in Nordrhein-Westfalen durch die Hintertür politisiert und zwischen guter und böser Forschung unterschieden werden soll. Das lehnt die CDU ganz klar ab, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU)

Siebtens. Das Programm zur Förderung der Rückkehr von hochqualifizierten Wissenschaftlern weist leider mittlerweile in dieselbe Richtung. Es wurde von Andreas Pinkwart höchst erfolgreich eingeführt. Jetzt werden Ihre Ausschreibungsrunden aber fachgebietsoffen vergeben. Früher galt klare Expertise als Kriterium für Rückkehrer. Heute ist es aufgrund Ihrer schwammigen Ausschreibungen wahrscheinlich eher die politische Einstellung.

(Lachen von Heike Gebhard [SPD])

Unter dem Strich bleibt, dass Nordrhein-Westfalen nicht auf Qualität setzt. So werden wir zukünftig Stück für Stück den Anschluss an die Spitzenwissenschaften verlieren.

(Nadja Lüders [SPD]: Haben Sie das auch der DFG erklärt?)

Abschließend möchte ich noch ein Wort zur Haushaltsdiskussion im letzten Wissenschaftsausschuss sagen. Rot-Grün hat drei Anträge eingebracht. Über diese Anträge hätten wir durchaus inhaltlich sprechen können. Der Opposition die Antwort zu verweigern, wie die Finanzierung dieser Anträge dargestellt werden soll, ist aber schlichtweg unseriös und zeigt, dass es Ihnen nicht um ein faires Miteinander geht. So etwas macht man in einem Ausschuss eigentlich nicht.

(Vereinzelt Beifall von der CDU – Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

Meine Damen und Herren, wir haben also klar gesehen: Der Wissenschaftshaushalt bleibt sowohl in seiner Höhe als auch in seiner Ausgestaltung, also in der Schwerpunktsetzung und der Ausprägung der Wissenschafts- und Forschungspolitik, weit hinter den Möglichkeiten zurück. Deswegen lehnt die CDU diesen Entwurf ab.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Dr. Berger. – Für die SPD-Fraktion spricht nun Herr Kollege Bell.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Jetzt muss eine Menge geradegerückt werden!)

Dietmar Bell (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen, liebe Kollegen! Es ist immer wieder erfrischend, nach Herrn Dr. Berger reden zu dürfen. Ich fange vielleicht einmal mit folgender Frage an: In welcher Welt bewegt er sich eigentlich?

(Norwich Rüße [GRÜNE]: In einer ganz eigenen! Paralleluniversum!)

Mit Erlaubnis des Präsidenten zitiere ich jetzt einfach einmal:

„Um mit den sich wandelnden Anforderungen Schritt halten und in der Wissensgesellschaft bestehen zu können, ist es unabdingbar, einen stark entwickelten und leistungsfähigen Forschungs- und Bildungssektor zu haben.

Und in dieser Hinsicht hat sich in Nordrhein-Westfalen ... in der Tat viel getan, seit der Wissenschaftsrat das letzte Mal hier zu Gast war.

Neben der RWTH Aachen kann das Land mit der Universität zu Köln und ihrem Zukunftskonzept ‚Die Herausforderung von Wandel und Komplexität annehmen‘ nun eine weitere Hochschule vorweisen, die im Rahmen der dritten Linie der Exzellenzinitiative gefördert wird. Außerdem konnten sich im Wettbewerb zehn nordrhein-westfälische Exzellenzcluster und fünf Graduiertenschulen durchsetzen, von denen jeweils ein Exemplar hier in Bielefeld angesiedelt ist. Wir konnten uns ja gestern Abend im CITEC einen unmittelbaren Eindruck von der Qualität und Relevanz dieser Forschung machen. All dies bezeugt die besondere Rolle, die Nordrhein-Westfalen – nicht nur bezüglich seiner Größe – im deutschen Wissenschaftssystem spielt.

Neben diesen Erfolgen hat das Land weiteres für die Zukunftsfähigkeit seines Wissenschaftssystems getan.“

Und jetzt hören Sie zu, Herr Dr. Berger:

„Zunächst möchte ich hier die besonderen finanziellen Anstrengungen loben. In Zeiten von Sparzwängen und Schuldenbremsen bedarf es sicherlich einiger Überzeugungsarbeit, um die erforderlichen Mehrausgaben für Forschung und Hochschulbildung gegenüber anderen, ebenfalls durchaus wichtigen Bereichen wie der Verkehrsinfrastruktur durchzusetzen. Neben einer angemessenen Finanzierung sind aber auch die Rahmenbedingungen entscheidend, um den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern ein attraktives Arbeitsumfeld zu bieten und so beim Werben um die ‚besten Köpfe‘ deutschlandweit und international konkurrenzfähig zu bleiben.

Auf wichtige Rahmenbedingungen hat auch der Wissenschaftsrat in seinen ‚Empfehlungen zu Karrierezielen und -wegen an Universitäten‘ hingewiesen. Es ist erfreulich, dass Nordrhein-Westfalen mit dem Rahmenkodex ‚Gute Beschäftigungsbedingungen für das Hochschulpersonal‘ einen großen Schritt in diese Richtung getan hat, indem insbesondere kurze Befristungen eingedämmt und die Situation der Promovierenden verbessert wurden.“

Sehr geehrter Herr Dr. Berger, das ist kein politisch motivierter Vortrag eines ideologisierten Sozialdemokraten gewesen, sondern ein Zitat aus einer Rede von Prof. Prenzel – immerhin der Vorsitzende des Wissenschaftsrates – am 15. Oktober 2015 anlässlich des Empfangs des Landes Nordrhein-Westfalen in Bielefeld.

Fürwahr: Manchmal lohnt es, Reisen in die Hochschullandschaft zu unternehmen, um sich auch einmal mit Bildern zu konfrontieren, wie die NRW-Wissenschaftslandschaft in der Wissenschaftslandschaft gesehen wird.

Da ich aber wusste, dass Sie wahrscheinlich auch damit nicht zu überzeugen sind, habe ich mir einmal die Ausgabe der Zeitschrift „Forschung & Lehre“ von September 2015 zur Lektüre genommen. Sie hat die Entwicklung der Grundmittel für Hochschulen untersucht und kommt zu folgenden Rankings in Deutschland:

Bei der Entwicklung der öffentlichen Ausgaben für Hochschulen im Bereich der Grundmittel hat Nordrhein-Westfalen zwischen 2005 und 2014 eine Steigerung von 63,02 % erzielt und ist damit bundesweit Spitze – übrigens deutlich vor Bayern und Baden-Württemberg.

Nun könnte ja der Schluss naheliegen, dass dies absolut trotzdem keinen Spitzenplatz darstellt. Aber gemessen am Bruttoinlandsprodukt des Landes ist Nordrhein-Westfalen führend bei den westdeutschen Bundesländern, gemessen am staatlichen Gesamtetat – und das ist die entscheidende Größe – liegt Nordrhein-Westfalen mit 13,38 % an der Spitze aller Bundesländer. Das so häufig glorifizierte Bayern kommt dabei auf Platz 7 mit 8,9 %.

Lieber Herr Dr. Berger, lieber Klaus Kaiser, wenn Sie doch wenigstens diese Fakten zur Kenntnis nehmen würden.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir könnten uns so manche ritualisierte, intellektuell langweilige Debatte in diesem Hause sparen, wenn man sich einfach einmal mit dieser Materie intensiver befasste.

Und dann sage ich Ihnen: Ja, es deckt sich übrigens auch mit den Besuchen, die ich zurzeit bei den Hochschulen des Landes sehr intensiv unternehme. Wenn Sie in Fachhochschulen sind und mit denen über die Frage der finanziellen Auskömmlichkeit sprechen, kommt von den Fachhochschulen das Signal: Die Mittel sind auskömmlich. Mit der Kombination der letztlich auch durch Landesmittel ausgestatteten Hochschulpakt-III-Mittel ist genug Geld an den Fachhochschulen vorhanden, um den Aufgaben gerecht zu werden.

An den Universitäten ist die Situation etwas differenzierter. Das hat aber nicht unerheblich mit dem historisch gewachsenen Finanzierungsmodell und der damit einhergehenden unterschiedlichen Ausstattungssituation der Universitäten zu tun.

Dass diese bundesweit beachtliche Entwicklung mit dem Haushalt 2016 fortgeschrieben werden kann, ist eine Erfolgsgeschichte für NRW und eng mit der Arbeit unserer Wissenschaftsministerin Svenja Schulze verbunden, bei der ich mich hierfür ausdrücklich bedanken möchte.

(Beifall von der SPD)

Die wesentlichen Zahlen – deswegen will ich hier auch nicht vorgeifen – werden sicherlich gleich noch einmal von der Ministerin dargestellt werden. Aber eine erneute Haushaltssteigerung um 5,5 % in diesem Haushalt so lapidar abzutun, wie Sie das hier machen, ist wirklich nicht real und nicht von dieser Welt, um es so deutlich zu sagen.

Dass diese enormen Leistungen des Landes in Kombination mit dem Bundesprogramm in NRW Wirkung entfalten, lässt sich unschwer auch an den vielen guten Nachrichten der letzten Wochen nachweisen. Schaut man sich den aktuellen Förderatlas der DFG an, dann hat Nordrhein-Westfalen die bundesweite Spitzenstellung. Fast 20 % der aktuell in Deutschland eingerichteten Sonderforschungsbereiche liegen in Nordrhein-Westfalen, und die neu eingerichteten Sonderforschungsbereiche haben erneut einen Schwerpunkt in unserem Bundesland.

Die Körber-Stiftung hat Nordrhein-Westfalen als Studienstandort mit der am deutlichsten wachsenden Anzahl von Studienanfängern im MINT-Bereich ausgezeichnet.

Und – das haben Sie gesagt, Herr Dr. Berger –: An nordrhein-westfälischen Hochschulen schreiben sich zudem so viele Studierende ein wie noch nie.

Professor Sternberg hat in seiner Stellungnahme zu dieser Entwicklung dies als Ausdruck der Attraktivität der Hochschulen in NRW beschrieben. Ich finde, Sie sollten sich dieses Attribut durchaus zu eigen machen.

Dass das Land zurzeit dabei ist, die Hochschulen auch in ihrer Attraktivität und Zukunftsfähigkeit weiterzuentwickeln, wird auch am Sanierungs- und Modernisierungsprogramm für die Hochschulen und Universitätsklinika des Landes deutlich. Da sage ich Ihnen auch in klarer Abgrenzung zu Ihnen, Herr Dr. Berger: Wenn ich an Hochschulen in diesem Lande bin – ich nenne jetzt Bielefeld, Bochum und Wuppertal – überall, wo man unterwegs ist, und ich schaue mir die Bauaktivitäten an, die da stattfinden, meine ich, dass wir doch ein Stück Stolz gemeinsam entwickeln können für das, was wir an Leistungsfähigkeit haben, um die Standorte qualitativ für unsere Studierenden und die Lehrenden weiter zu entwickeln.

Das ist auch ein Erfolg dieses Hauses, dass wir das entsprechend mitgestalten. Dazu sollten wir uns offensiv entsprechend bekennen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Haardt?

Dietmar Bell (SPD): Aber gerne.

Vizepräsident Oliver Keymis: Das ist sehr nett. – Bitte schön, Herr Kollege Haardt.

Christian Haardt (CDU): Herr Bell, ich habe Ihnen aufmerksam zugehört. Habe ich es richtig verstanden, dass dann, wenn man 22,5 % der Bevölkerung hat und 26 % der Studenten, dann ist es ein Erfolg, wenn man auf knapp 20 % der Fördermittel kommt? Habe ich das richtig verstanden?

Dietmar Bell (SPD): Das haben Sie falsch verstanden. Ich habe nicht über Fördermittel gesprochen, sondern über Sonderförderungsbereiche. Wenn Sie sich die Sonderförderungsbereiche anschauen, dann müssen Sie sich auch die Netze der gesamten Sonderförderungsbereiche im Atlas anschauen. Dann werden Sie sehen, dass es deutlich mehr ist, als die 20, die ihren Sitz in Nordrhein-Westfalen haben. Das ist nun einmal ein Stück weit Fördersystematik der DFG, Herr Haardt.

Ich hatte eigentlich gedacht, als ich hier ans Pult gegangen bin, wir würden einen etwas zurückhaltenderen Oppositionsführer – das wollen Sie bei der Frage ja sein – erleben, weil sich ein Stück weit das, was Sie wie ein Mantra in den letzten Jahren hier vorgetragen haben, mittlerweile auflöst.

Ich habe mit großer Freude zur Kenntnis genommen, dass der Parlamentarische Gutachterdienst, den Sie mit der CDU-Fraktion angerufen haben, die Rahmenvorgabegrundsätzeverordnung, die Sie als verfassungswidrig bezeichnet haben, als verfassungsgemäß gekennzeichnet hat. Dieses Gutachten hat aber auch festgestellt, dass die Einführung der Rahmenvorgaben nicht rechtswidrig ist. Wenn das dann auch noch durch einen Gutachter gesagt wird, der aus dem so gelobten Bayern kommt, müsste das doch bei Ihnen eigentlich Schmerzen verursachen.

Insoweit müssten Sie doch hier eigentlich mit einer neuen Affinität und einer neuen hochschulpolitischen Agenda am Horizont erkennbar werden, um ihrem Gestaltungsanspruch gerecht zu werden. Stattdessen hören wir hier nichts anderes als die alte Leier, die wir kennen und durch verbrämte Begriffe wie nebulöse sozialwissenschaftlich gegenderte Formulierung im Förderprogramm zu hören bekommen.

Ich empfehle dringend: Entwerfen Sie endlich eine hochschulpolitische Agenda. Das Land hat es verdient, dass hier deutlich mehr Substanz an den Start kommt, als sie hier heute geliefert haben. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Bell. – Für die FDP-Fraktion spricht nun Frau Kollegin Freimuth.

Angela Freimuth (FDP): Vielen Dank! Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will mich gar nicht dazu äußern, ob es nun erfrischend ist, nach den Kollegen Berger oder Bell zu sprechen. Der eine nimmt einem gelegentlich die Antworten auf die von mir gestellten Kleinen Anfragen vorweg, der andere befleißigt sich darin, zurechtzubiegen und schönzufärben. Das ist vielleicht den unterschiedlichen Aufgaben geschuldet.

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

Ich will aber in einem Punkt auf meine Vorredner eingehen, nämlich auf die Feststellung des Vorsitzenden des Wissenschaftsrates. Wenn er die Exzellenz in unserer Wissenschafts- und Forschungslandschaft lobt, dann ist das sicher zutreffend; das ist aber in erster Linie das Verdienst der hervorragenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an unseren Hochschulen und weit weniger das dieser Landesregierung.

(Dietmar Bell [SPD]: Und der Rahmenbedingungen, die in diesem Land sind!)

Wenn man den Hochschulpakt und damit die Initiativen des Bundes außen vor lassen würde, dann sähe die Bilanz doch düsterer aus.

Kommen wir jetzt zu dem konkreten Haushalt 2016. Hier gab es einige Highlights. Das fing schon mit der Einbringung an, die Frau Ministerin im Wissenschaftsausschuss vorgenommen hat, wo dann ausgeführt wurde – ich darf zitieren mit Erlaubnis des Präsidenten –:

„Während die Zahl der Studienanfängerinnen und Studienanfänger zwischen 2010 und 2016 nach der Prognose der Kultusministerkonferenz um voraussichtlich etwa 26 % steigen wird, soll der Etat für die Hochschulen und Kliniken um fast 49 % zulegen.“

Zitat Ende.

Diese Zahlen sind voller Inbrunst vorgetragen worden und werden auch gelegentlich wiederholt, auch der Kollege Bell jubelt dabei ganz pflichteifrig. Falls das gerade jemandem zu schnell ging; da hieß es: 26 % Steigerung der Studienanfänger gegenüber 49 % Steigerung des Etats. Da stellt sich doch die Frage, was Sie denn mit einem solchen Vergleich überhaupt sagen wollen. Sind nur noch die Erstsemester relevant? Sollen nur noch die Erstsemester finanziert werden?

Solche Zahlen in einer parlamentarischen Debatte, gerade im Wissenschaftsbereich, zu verwenden, halte ich für nicht angemessen. Denn allen Ernstes will doch keiner in diesem Haus den Aufwuchs bei den Studienanfängern mit dem Aufwuchs des Etats für die gesamten Hochschulen in Relation stellen. Der Etat der Hochschulen muss selbstverständlich nicht auf die Zahl der Studienanfänger, sondern auf die Zahl der Studierenden insgesamt bezogen werden. Alles andere wäre grob fahrlässig.

Frau Ministerin, tun wir das doch mal! Im Vergleich zu 2010 ist die Gesamtzahl der Studierenden nämlich um 46 % gestiegen. Das kleine Ablenkungsmanöver, mit dem Sie auch Ihren eigenen Mittelaufwuchs schönreden wollen, ist damit kompletter Unsinn. Man könnte den Verdacht haben, dass damit nur die geneigte Öffentlichkeit hinters Licht geführt werden soll.

Jetzt kann man natürlich sagen: Okay, 46 % Steigerung bei den Studierendenzahlen, 49 % Etatsteigerung – das ist immer noch ein Plus von 3 %. Aber das funktioniert nur dann, wenn man die Hochschulpaktmittel mit in die Rechnung nimmt. Die Grundmittel selbst sind nämlich seit 2010 nur um knapp 13 % gestiegen. Und Ihre Hochschulpaktmittel kofinanzieren Sie ja bekanntlich auch mit den durch die Kostenübernahme des Bundes freigewordenen BAföG-Millionen. Das geht aus Ihren Vorlagen hervor. Das hat auch schon Frau Seidl vor genau einem Jahr bei der Debatte zum Etat 2015 so festgestellt.

Frau Ministerin, ohne die Gelder des Bundes wären Sie und die Landesregierung wissenschaftspolitisch schon längst schachmatt gesetzt.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Die Hochschulpaktmittel sind nämlich Ihre Allzweckwaffe. Eigentlich sollen diese Mittel allein der Bewältigung der zusätzlichen Studierenden dienen. Die rot-grüne Landesregierung finanziert damit aber alles, wofür die Landesmittel nicht mehr reichen: das Programm „Erfolgreich Studieren“ für 13 Millionen €, Talentscouting für 4,4 Millionen €, Studifinder und Schülerlabore für jeweils 2,8 Millionen €, Orientierungsangebote für 4,3 Millionen €, eine neue Mensa für 6 Millionen €; 30 Millionen € werden nun für die Studienzeitverlängerung des Lehramtes aufgewendet.

Dieser Haushaltsansatz war bisher in einer ganz ähnlichen Größenordnung aus Landesmitteln ausfinanziert. Wie Sie nun auf die Idee kommen, die Hochschulpaktmittel seien dort zusätzlich investiert, bleibt mit schleierhaft.

Ein Viertel der Hochschulpaktmittel fließt mittlerweile in irgendwelche Sonderprogramme, das meiste davon in die Fachhochschulen, 170 Millionen €. Deswegen, Herr Kollege Bell – so wird es mir berichtet –, klagen die Fachhochschulen zurzeit auch nicht über nicht auskömmliche Mittelfinanzierung.

(Karl Schultheis [SPD]: Wollen Sie das nicht?)

Obwohl diese Gelder in den Haushaltskapiteln der Fachhochschulen verankert sind, würden die Mittel aber nach mehrfacher Aussage des Ministeriums nicht in die Grundmittel der Fachhochschulen fließen. Das wäre mit Blick auf die korrekte Verwendung der Hochschulpaktmittel auch nicht in Ordnung.

Als Ministerin Schulze allerdings die Entwicklung der Grundmittel ausgewiesen hat, kam man im Vergleich zu 2015 plötzlich auf 9 % Steigerung. Das klappt aber nur, wenn man diese Hochschulpaktmittel dann eben doch als Grundmittel zählt. Hier haben wir ein weiteres Beispiel für unseriöse rot-grüne Rechenkunst im Wissenschaftsministerium.

(Beifall von der FDP)

Die Hochschulen müssen diese verfehlte Politik ausbaden. Bestes Beispiel sind die Kompensationsmittel für die Abschaffung der Studienbeiträge. Die sind immer noch auf dem Stand von 2010 eingefroren. Sie haben es in der Beantwortung unserer Kleinen Anfrage mittlerweile selbst vorgerechnet.

Weil man bei Ihren Berechnungen – wie wir jüngst noch am Beispiel des Waldzentrums sehen konnten – stets vorsichtig sein sollte, haben wir es nachgeprüft, und es stimmt: Die Hochschulen haben mittlerweile Einnahmeausfälle von mehr als 50 Millionen €. Frau Ministerin, Sie hatten eine vollständige Kompensation versprochen. Ich kann mich an diese vollmundigen Ankündigungen noch gut erinnern.

Fakt ist, dass einige Unis nicht nur erhebliche Einnahmeausfälle haben, sondern auch im Vergleich

zu 2010 tatsächlich weniger Mittel zur Verfügung haben. Die Uni Köln und die RWTH Aachen haben jeweils 4 Millionen € weniger zur Verfügung.

Was bedeutet diese rot-grüne Haushaltspolitik konkret für die Hochschulen? – Auch das will ich gerne an ein paar Zahlen festmachen. Vor einigen Wochen haben wir beispielsweise mit einer Kleinen Anfrage die Entwicklung der Betreuungsrelation in Nordrhein-Westfalen abgefragt. Seit 2010 kommen auf einen Professor um 14 Studierende mehr. Besonders nachteilig hat sich die Betreuungsrelation in Düsseldorf entwickelt. Dort stieg die Relation um über 37 Studierende. An nahezu jeder Hochschule hat sich unter Rot-Grün die Relation dramatisch verschlechtert.

Das müssen diese Landesregierung und die sie stützenden Fraktionen doch endlich mal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall von der FDP)

Eine weitere Kennzahl – auch die habe ich letztes Jahr bereits angesprochen – betrifft die Grundmittel pro Studierenden. Hier sind die Daten leider etwas älter, nämlich von 2013; aber der Trend ist eindeutig. 2012 war Nordrhein-Westfalen insgesamt Viertletzter. Doch da der Wert von 6.220 € pro Studierenden noch weiter auf 6.140 € abgesunken ist, befindet sich Nordrhein-Westfalen mittlerweile auf dem drittletzten Platz. Noch einmal: Unser Ziel sollte eigentlich sein, in die Spitze vorzudringen und nicht weiter in die Abteilung „Schlusslicht“ zu sinken. Nur noch Rheinland-Pfalz und Bremen schneiden in dieser Statistik schlechter ab.

Besonders besorgt bin ich jedoch weniger wegen der Platzierung, sondern vielmehr wegen des Abstands zur Spitzengruppe. Daran sollten wir uns orientieren. 2013 standen in Niedersachsen 9.500 € pro Studierenden zur Verfügung, in Bayern und Baden-Württemberg jeweils mehr als 7.910 €. Davon ist diese rot-grüne Landesregierung Lichtjahre entfernt, und eine Trendumkehr ist auch nicht zu erkennen.

Die Hochschulen ächzen und stöhnen unter der rot-grünen Regulierungswut.

(Beifall von der CDU)

Niemand weiß so genau, wie Ihre Vorgaben rechtsicher umzusetzen sind, beispielsweise bei den Frauenquoten zu Hochschulgremien, die in letzter Konsequenz bedeuten würden, dass alle Wahlordnungen umgeschrieben werden müssten und nur noch quotierte Wahllisten zulässig wären. Dass so etwas unvereinbar mit den Wahlrechtsgrundsätzen ist, vermag eigentlich jeder zu erkennen – offensichtlich nur nicht die rot-grüne Landesregierung.

Noch deutlicher wurde diese Diskrepanz bei den Studentenwerken. Hier lassen Sie ja bereits so lange wählen, bis das gewünschte Ergebnis erzielt

wird. Aber auch der Rahmenkodex hat rechtlich erhebliche Bedenken ausgelöst. Das wird dann wohl – das habe ich hier in diesem Hohen Hause auch schon einmal gesagt – nicht durch Gutachten, sondern im Zweifel von den dafür zuständigen Instanzen in einem Rechtsstreit zu klären sein.

(Zuruf von der SPD: Schauen wir mal, Frau Freimuth!)

Während Sie die Hochschulen an die Kandare genommen haben, wurde der Forschungsbereich sträflich vernachlässigt.

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

Gerade ist schon die endgültige Abwanderung von CARE angesprochen worden. Aktuell ist es das Wald-Zentrum, das unter den Ungereimtheiten in Ihrem Ministerium zu leiden hat.

Durch solche Vorgänge wird der Ruf Nordrhein-Westfalens als Wissenschaftsstandort gewaltig ramponiert. Das können Sie auch nicht als Lappalie abtun. Die forschende Zunft beobachtet das ganz genau. Zusagen erscheinen nicht mehr rechtssicher, und auf Rahmenbedingungen ist kein Verlass.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, zur desolaten Lage und den Verantwortungsbereich der Landesregierung ließe sich noch vieles ausführen. Leider lässt die Redezeit – Herr Präsident – das nicht mehr zu.

(Karl Schultheis [SPD]: Das ist auch gut so!)

Deswegen können wir nur feststellen, dass der aktuelle Einzelplan einen falschen Kurs fortführt. Ein notwendiger Kurswechsel fehlt. Daher können wir diesem Einzelplan auch nicht zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Freimuth. – Für die grüne Fraktion spricht nun Frau Dr. Seidl.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Freimuth, Herr Dr. Berger, ich bin jetzt Ihren Ausführungen zum Haushalt sehr geduldig gefolgt. Ich habe aufmerksam zugehört. Aber ich muss sagen: Es ist mir nicht ganz leicht gefallen, dabei die Contenance zu bewahren. Denn leider sind Ihre verbalen Einlassungen, die Sie heute in die Debatte einbringen, mehr als erbärmlich.

(Zurufe von der FDP: Oh!)

Die Aneinanderreihung dieser Plattitüden, die sich seit vielen Jahren wiederholen – die QVM, die Grundfinanzierung, die Hochschulfreiheit –; das ist schlichtweg kalter Kaffee, den Sie uns hier servieren wollen.

Sie prangern an, dass zu wenig Geld im System sei, sagen dabei aber gar nicht erst, wo es herkommen soll, geschweige denn, dass Sie es bis jetzt überhaupt geschafft hätten, uns einen entsprechenden Antrag vorzulegen.

Selbst wenn man Ihnen Ihre Oppositionsrolle im Landtag zugutehalten muss, so erwartet man doch bei dieser wichtigsten Aufgabe des Parlamentes – nämlich der Beratung über den Haushalt –, dass Sie hier zumindest qualitative Mindeststandards einhalten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das ist aber wie in den vorangegangenen Jahren auch heute nicht der Fall.

Ich will auf einige Ihrer Behauptungen eingehen. Wenn Sie sagen, die Grundfinanzierung der Hochschulen sei nicht ausreichend, möchte ich Ihnen gerne folgende Fakten entgegenhalten:

Erstens. Der Wissenschaftsetat steigt in diesem Jahr um 431 Millionen € auf mehr als 8,2 Milliarden € an. Das sind sage und schreibe 41 % mehr Mittel als zu Ihrer Regierungszeit.

Zweitens. Während der Landeshaushalt um 3,7 % ansteigt, liegt die Steigerung des Wissenschaftshaushaltes bei über 5,5 %. 5 Milliarden € gehen an die Hochschulen; 1,1 Milliarde € fließt in die Hochschulmedizin; 705 Millionen € verausgaben wir für die Forschungsförderung und 640 Millionen € für die Förderung der Studierenden. Das Land Nordrhein-Westfalen gibt so viel Geld für seine Hochschulen aus wie noch nie. Das ist die schlichte Wahrheit.

Wer jetzt meint, hieraus erwachse auch keine größere Verantwortung sowohl für das Land als auch für die Hochschulen, der nimmt auch seine politische Aufgabe in diesem Parlament nicht ernst. Denn Ihr Vorwurf einer vermeintlichen Rücknahme von Hochschulautonomie durch das Hochschulzukunftsgesetz ist in diesem Zusammenhang angesichts der Verdopplung der Mittel völlig absurd.

Deshalb ist es auch noch einmal wichtig, festzuhalten, dass das Hochschulzukunftsgesetz die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Land deutlich gestärkt hat. Ich nenne hier den Rahmenkodex; ich nenne auch den Landeshochschulentwicklungsplan. Diese erfreuliche Entwicklung – der Kollege Bell hat das ja eben zitiert – hat uns kürzlich auch Professor Prenzel, der Vorsitzende des Wissenschaftsrates, in Bielefeld nachdrücklich bestätigt.

Ihre Rechenbeispiele, was die Qualitätsverbesserungsmittel und die Ausgabenfinanzierung pro Studierenden angeht, sind immer selektiv auf einzelne Töpfe bezogen. Das ist ja Ihre Strategie. Sie lassen die Gesamtfinanzierung für Lehre und Studium außen vor.

Dabei sind im Vergleich zu 2010 in Nordrhein-Westfalen besonders hohe absolute Steigerungen

allein an Landesmitteln beim Hochschulpaket zu verzeichnen. Da sind plus 289 Millionen € für die Globalbudgets, 378 Millionen € beim Hochschulpaket und plus 249 Millionen € an Qualitätsverbesserungsmitteln zu verzeichnen. Alle diese Mittel kommen natürlich auch den Studierenden zugute und gehören damit zur statistischen Wahrheit dazu. Auf dieser Grundlage würde sich dann eben auch im bundesweiten Vergleich ein ganz anderes Bild ergeben.

Ich kann nur sagen: Wer sich angesichts dieser Dimensionen über rund 50 Millionen € an Kompensationsmitteln – das haben Sie ja errechnet – echauffiert, der betreibt Erbsenzählerei.

(Beifall von den GRÜNEN)

Aber wenn Sie ehrlich sind, verfolgen Sie ja ein ganz anderes Ziel. Tatsache ist doch, dass Sie mit Ihrem Vorwurf einer nicht ausreichenden Studienfinanzierung klammheimlich die Debatte über die Wiedereinführung der Studiengebühren anheizen wollen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Ich erinnere daran: Zu Ihrer Regierungszeit haben Sie doch überhaupt kein Landesgeld für die Qualität der Lehre in die Hand genommen. Da gab es doch gar keine Qualitätsverbesserungsmittel. Da wurde vielmehr den Studierenden und ihren Eltern in die Tasche gegriffen. Das war doch eine rein private Finanzierung.

(Karl Schultheis [SPD]: Zur Finanzierung der Hochschulen!)

Aber wenn Sie dieses Ziel für die Zukunft weiter propagieren wollen, dann sollten Sie das den Menschen draußen auch deutlich vermitteln und nicht versuchen, durch die Hintertür die Studiengebühren wieder einzuführen.

Auch den Forschungsbereich in Nordrhein-Westfalen, den Sie eben erwähnt haben, lassen wir uns von Ihnen keineswegs schlechtreden. 2011 bis 2013 erhielt NRW gut ein Fünftel der Fördergelder der DFG. Das sind 1,24 Millionen €, und damit liegt NRW an der Spitze der Bundesländer.

Von den nordrhein-westfälischen Hochschulen ist die RWTH Aachen mit 272 Millionen € noch immer die erfolgreichste Hochschule; bundesweit liegt Aachen damit auf Platz drei. In der Einwerbung von Mitteln für die Natur- und Ingenieurwissenschaften liegen die Universität Bonn und die RWTH Aachen bundesweit jeweils auf dem ersten Platz. Das sind doch die Qualitätsstandards, über die wir heute reden.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Nicht zuletzt ist uns auch die Förderung von Innovation – Herr Berger – aus den Hochschulen heraus ein wichtiges Anliegen. Insbesondere die kooperati-

ve Forschung zwischen Fachhochschulen und kleinen und mittleren Unternehmen zur Erreichung von Innovationen und neuen Produkten kann eben durch maßgeschneiderte Förderprogramme des Landes

(Zuruf von Dr. Stefan Berger [CDU])

schneller und zielgerichteter gefördert und der Transfer in die Wirtschaft effizienter gestaltet werden. Daran haben wir in den vergangenen Wochen intensiv gearbeitet. Wir haben verschiedene Anhörungen mit Expertenrunden gehabt. Das wissen Sie ganz genau.

(Zuruf von Dr. Stefan Berger [CDU])

Deshalb muss ich feststellen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition: Ihre Einlassungen zum Haushalt 2016 sind weder ein seriöser Beitrag zur Einhaltung der Schuldenbremse, noch tragen sie auch nur ansatzweise dazu bei, die Hochschulen bei der Bewältigung ihrer gesellschaftlichen Aufgaben zu stärken – unabhängig davon, dass heute nicht mal ein einziger Antrag von Ihnen vorliegt, der irgendwie eine konzeptionelle Idee auf den Tisch legen würde.

Wir haben es geschafft, zusammen mit den Hochschulen den gewaltigen Kraftakt „doppelter Abiturjahrgang“ reibungslos über die Bühne zu bringen. In der Mittelfristigen Finanzplanung haben wir sichergestellt, dass für die weiterhin hohe Zahl von Studienanfängerinnen und -anängern bis zum Jahr 2023 ausreichend Studienplätze zur Verfügung stehen.

Ich würde mir aber auch wünschen, dass die bislang befristeten Zusatzfinanzierungen durch die verschiedenen Bund-Länder-Pakte künftig auf eine andere solide Grundlage gestellt würden und der Bund sich an einer dauerhaften Finanzierung unserer Hochschulen beteiligte. Deshalb begrüßen wir sehr, dass sich kürzlich auch die LRK der Universitäten unserer Forderung nach der Verstetigung des Hochschulpakts angeschlossen hat.

Vor diesem Hintergrund wäre es sicher lohnenswert, wenn Hochschulen, Regierungskoalition, Opposition und wir gemeinsam an einer konstruktiven Lösung im Sinne des Wissenschaftsstandorts NRW arbeiten würden. Hierzu möchte ich Sie herzlich einladen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Dr. Seidl. – Die Piratenfraktion schickt nun Herrn Dr. Paul ans Pult.

Dr. Joachim Paul (PIRATEN): Vielen lieben Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer am Stream! Ich würde mir ja wünschen, dass eine solche hochschulpolitische Einzelplandiskussion im Netz so etwas wie ein

Blockbuster wäre, ein Burner, ein Straßenfeger. Das wäre schön.

Versuchen wir doch einmal, uns vorzustellen, dass wir Haushaltsberatungen über einen Einzelplan führen, der für Innovation zuständig ist. Was würden wir von einem solchen Haushalt erwarten? – Wir würden doch zu Recht darüber reden, dass es wegweisende Forschungsprojekte gibt, die den Wissenschaftsstandort NRW deutlich nach vorn bringen.

Wir würden auch darüber reden, dass die digitale Revolution gerade an den Orten der Innovation – nämlich an den Hochschulen – erforscht und begleitet wird, dass nutzbare Technologie entwickelt und Grundlagenforschung ausgebaut werden. Und wir würden darüber reden, dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Beschäftigungsverhältnissen arbeiten, die es zulassen, ein Höchstmaß an Kreativität hervorzubringen.

Wir würden darüber reden, dass die Grundfinanzierung der Hochschulen auskömmlich und nicht pro Kopf rückläufig ist, dass die Labore ordentlich ausgestattet sind, dass Hochschulen als Orte der Wissenschaft demokratisch organisiert sind und dass die einzelnen Gruppen an den Hochschulen den demokratischen, den wissenschaftlichen und den gesellschaftlichen Diskurs üben und beleben.

Wir würden darüber reden, dass der Haushaltsplan jeder Bürgerin und jedem Bürger Auskunft darüber gibt, was mit den Steuergeldern an den Hochschulen passiert. Und wir würden über die Qualität von Forschungsk Kooperationen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft diskutieren. Vor allem wüssten wir, was dort passiert.

Allein – das ist ein schöner Traum. Das vorliegende Zahlenwerk ist kräftig – zugegeben; das muss man sagen dürfen –, aber es ist alles andere als innovativ. Die Landesregierung lässt keine eigene Forschungs- und Innovationsstrategie für die nordrhein-westfälische Hochschul- und Forschungslandschaft erkennen.

Wir haben in der letzten Anhörung im Wissenschaftsausschuss wieder einmal erleben dürfen, dass Sie mit der digitalen Revolution nicht nur nicht Schritt halten können, sondern dass Sie sie regelrecht verschlafen. Ein eigenes Profil ist nicht zu erkennen. Zu nennen ist hier vor allem der Bereich des digitalen Lernens.

Eigentlich hätte es heute eine historische Einzelplan-06-Debatte werden können. Liebe Frau Seidl, liebe Ruth, leider haben Sie mir das kaputtgemacht, indem Sie das Wort „Studiengebühren“ in den Mund genommen haben. Normalerweise kommt das immer von Schwarz-Gelb. Sie haben das Wort erwähnt. Schade!

Auf der anderen Seite möchte ich die Union, Herr Dr. Berger, einmal loben, denn sie scheint so ein

bisschen aus ihrer Ecke hervorzukommen. Sie begnügt sich nicht mehr damit, die intellektuelle Fußtruppe der turboneoliberalen Bildungsökonomisierung zu sein, sondern sie kommt tatsächlich schon mal mit Konzepten.

Wir haben uns über Ihren Antrag zum digitalen Lernen wirklich gefreut und sehen die Chance, zusammen mit Rot-Grün und Gelb etwas machen zu können. Allerdings möchte ich erwähnen: Es gab zu diesem Thema schon drei Anträge von uns.

Kommen wir zu den Dingen, die sich nicht in diesem Haushalt finden. Es gibt keine – noch keine; wir arbeiten ja daran – Mittel, um Open Access an den Hochschulen zu verankern. Junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler werden allein gelassen, und die Hochschulbibliotheken werden bei der Bereitstellung von Journals unter Druck gesetzt. In zwei Anhörungen hier im Landtag wurde von zahlreichen Expertinnen und Experten vorgetragen – Elsevier lässt grüßen –, dass die Preise durch die Verlage diktiert werden.

Für manche scheint das kein relevantes wissenschaftspolitisches Thema zu sein. Es ist aber sehr relevant. Wir sind auf dem Weg, wir sind auf dem Sturmflug in die moderne Wissens- und Informationsgesellschaft, auch wenn Frau Kraft immer noch versucht, die nordrhein-westfälische Zukunft aus dem Kohlenstaub zu lesen. Aber Big Data lässt grüßen.

Es ist also unabdingbar, dass auch wissenschaftliche Publikationen in Onlinejournals und über Open Access publiziert werden müssen. Hier setzen die außeruniversitären Forschungseinrichtungen der Helmholtz- und der Fraunhofer Gesellschaft mal wieder die Standards.

Was passiert hier in der Landespolitik? – Man beschränkt sich auf Ankündigungen. Schauen wir uns mal den Bereich des digitalen Lernens an. Da haben wir mit der Fernuniversität Hagen den deutschlandweit größten Player im Kontext Blended Learning in Nordrhein-Westfalen. Wo ist das Signal aus Nordrhein-Westfalen, bei den Open Educational Resources Vorreiter zu sein? Das sind die Zukunftsthemen. Hier müssen Gelder investiert werden. Das ist im Haushalt zu finden unter Titelgruppe 00 000 – kommt nicht vor.

Wenn wir gerade bei Studienbedingungen sind: Die Piraten sind wohl die Einzigen, die noch Kritik an der Bolognareform formulieren. Viele meinen, dass sich durch die Bolognareform für Studierende und Lehrende an den Hochschulen vieles verbessert hat. Wir dürfen das nach wie vor anzweifeln und sind dabei nicht in schlechter Gesellschaft. Der Chef der Hochschulrektorenkonferenz Hippler sagt dazu, dass es seit der Bolognareform nicht leichter geworden sei, ins Ausland zu gehen.

Ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis, Herr Präsident:

„Dieses Versprechen ist nicht wirklich erfüllt worden. Im Ausland müssen sie sich die Leistungen auch erst mal anerkennen lassen. Das ist oft nach wie vor schwierig.“

Zum anderen liege mit einem Bachelorabschluss keine berufliche Qualifikation vor, allenfalls eine Berufsbefähigung.

Unternehmen – das sagt auch McKinsey – sind jedoch auf der Suche nach Persönlichkeiten, nicht nur nach Absolventen.

So viel zu den Aussagen Hipplers.

Vor allem brauchen wir wieder ein Studieren in unterschiedlichen Geschwindigkeiten – wichtig für Inter- und Transdisziplinarität abseits der starren Vorschriften der Regelstudienvorgaben. Wir werden uns dafür einsetzen, dass der Begriff der Regelstudienzeit als Steuerinstrument und Regelungskriterium abgeschafft wird.

Von einem Mittel für die Sicherstellung der Freiheit von Forschung und Lehre wurde die Festlegung der Regelstudienzeit zu einem Knebel für alle an universitärer Forschung und Lehre Beteiligten. Speziell für inter- und transdisziplinäre Lehre und Forschung erweist sich eine Regelstudienzeit als kontraproduktiv und innovationshemmend. Man hat keine Zeit mehr, über den Tellerrand zu gucken.

Um angesichts des steigenden finanziellen und sozialen Drucks auf das gesamte Hochschulsystem eine merkbare Erleichterung zu schaffen und einen zeitgemäßen innovationsfreundlichen Begriff für Studium und Universität entwickeln zu können, muss die Regelstudienzeit fallen.

Wir gehen davon aus, dass nur so die Anzahl der erfolgreichen Studienabschlüsse an Hochschulen bundesweit gesteigert und die weiter stark steigende Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger – das ist ja erfreulich – im gesamten Bundesgebiet bewältigt werden kann. Reibungslos war das mit dem doppelten Abiturjahrgang nämlich nicht, liebe Frau Seidl.

Weiter wollen wir offensichtlich als Einzige, dass alle Studierenden, die einen Masterplatz anstreben, diesen auch bekommen können. Ohne Masterplatzgarantie kann auch das beste Hochschulmanagement am Ende nur den Mangel verwalten. Da zu wenige Masterstudienplätze bereitstehen, werden individuelle Aufstiegschancen zunichtegemacht und somit gesamtgesellschaftliche Potenziale verschenkt.

Apropos Potenziale: Die Landesregierung ist auch dafür verantwortlich, dass die Kreativität an den Hochschulen eingeschränkt bleiben wird. Aktuell wird die Novellierung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes diskutiert. Wir sagen nach wie vor: Daueraufgaben sind mit Dauerstellen zu besetzen.

(Beifall von den PIRATEN)

Befristete Beschäftigungsverhältnisse sollten ausschließlich für eine Weiterqualifikation zulässig sein. Dabei darf es keine grundsätzliche zeitliche Obergrenze geben.

Das WissZeitVG regelt die Befristung von wissenschaftlichem und künstlerischem Personal in der Qualifizierungsphase sowie in drittmittelfinanzierten Projekten. Die gültige Form des WissZeitVGs hat zu einer Prekarisierung der wissenschaftlich und künstlerisch arbeitenden Menschen an Hochschulen und Universitäten geführt.

Durch die dort eröffnete Möglichkeit, für maximal zwölf Jahre befristete Verträge zu vergeben, wurden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit kurzen Vertragslaufzeiten unter Druck gesetzt. Viele befinden sich daher nach zwölf Jahren in einer beruflichen Sackgasse, erleben vielleicht einen Karriereknick, da einerseits eine befristete Weiterbeschäftigung nicht mehr möglich ist und andererseits Dauerstellen nicht existieren. Dieser Gap muss geschlossen werden.

Was hat das nun mit dem Haushalt zu tun? Eine ganze Menge; denn wir schieben jährlich einfach Geld an die Hochschulen, die damit die vermeintliche Freiheit auf dem Rücken der Beschäftigten ausleben. Sie belassen die Beschäftigten im Existenzkampf und schaden damit nachhaltig der Wissenschaft, der Innovation in Nordrhein-Westfalen.

Auch bei der Vergabe der Qualitätsverbesserungsmittel, also der Kompensationsmittel, werden die Mittel, pro Kopf gesehen, weniger. Eine nachhaltige Finanzierung und Stärkung der Lehre sieht nach unserer Auffassung anders aus.

Fazit: Uns fehlt in einem Haushalt, der sich mit Innovation auseinandersetzen soll, schlicht die Innovation.

Ja, die Steigerung von DFG-Mitteln ist lobenswert. Aber das bedeutet nicht, dass man sich zurücklehnen kann. Hier erforschte Patente müssen auch in NRW bleiben und umgesetzt werden. Dafür ist es nötig, eine Infrastruktur zu schaffen, die gründerfreundlich, innovationsfördernd und zukunftsgerichtet ist.

Wir werden diesen Einzelplan ablehnen, weil darin keine Vision vom Wissenschaftsstandort NRW zu erkennen ist. Er ist für uns auch niemals zustimmungsfähig, da er nach wie vor eine Versammlung von Intransparenzen darstellt. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Dr. Paul. – Für die Landesregierung hat nun Frau Ministerin Schulze das Wort.

Svenja Schulze, Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung: Herr Präsident! Meine Da-

men und Herren Abgeordnete! Wir diskutieren im Parlament oft über unterschiedliche Meinungen, über unterschiedliche politische Sichtweisen. Ein Haushalt hat den Vorteil, dass es einfach um Fakten, um Zahlen, um etwas geht, das man nachlesen kann, und nicht um Meinungen. Diese Fakten sprechen eine ganz deutliche Sprache: 8,2 Milliarden €. Das ist so viel wie noch nie in der Geschichte dieses Landes für Wissenschaft und Forschung, für die Hochschulen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Sehr geehrte Damen und Herren der Opposition, Sie können noch so viele Rechentricks machen, Sie können noch so oft versuchen, das wegzurechnen, es bleibt bei diesen Zahlen. Es ist die größte Summe, die je in diesen Bereich investiert worden ist. Da von Kaputtsparen, von Niedergang zu reden und das nach vorne zu stellen, ist wirklich ein eigenwilliger Blick auf die Realität.

Herr Dr. Berger, Ihre Rede hat so schön angefangen. Da hätten Sie doch einfach weitermachen können.

(Dr. Stefan Berger [CDU]: Tja!)

Sie müssen doch akzeptieren, dass es diese Summe gibt.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Dietmar Bell [SPD]: Man soll aufhören, wenn es am schönsten ist!)

8,2 Milliarden € – das sind die 48,5 % mehr für die Hochschulen, das sind 41 % mehr insgesamt für diesen Bereich seit Regierungsübernahme von Rot-Grün. Das zeigt, welchen Schwerpunkt SPD und Grüne in dieser Landesregierung setzen, nämlich auf Zukunftsinvestitionen für die Menschen, die unabhängig vom Geldbeutel, unabhängig von dem, was die Eltern verdienen, ein Studium aufnehmen können und nicht von Studiengebühren abgehalten werden.

Das ist gut für das Land, weil wir sehr gut ausgebildete Menschen brauchen. Wir brauchen die Forscherinnen und Forscher, wir brauchen die vielen Fachkräfte. Schauen Sie einfach mal ins „Handelsblatt“, wie viel mehr wir noch brauchen. Wir sind hier in Nordrhein-Westfalen wirklich auf einem guten Weg.

Meine Damen und Herren, das ist keine Selbstverständlichkeit. So etwas passiert nicht von alleine, sondern das ist ein echter finanzieller Kraftakt.

Ja, Frau Freimuth, ich bin Frau Wanka für die 200 Millionen €, die es durch die Übernahme des BAföG gibt, echt dankbar. Ich sage auch einmal am Tag Dankeschön. Aber die mehr als 3 Milliarden € mehr, die wir vom Finanzminister bekommen haben, und zwar durch die Entscheidung dieses Landtags, sind die wirklich relevante Summe, die uns zur Verfü-

gung steht. Dafür sagt man noch viel häufiger Dankeschön.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir brauchen Studiermöglichkeiten auf hohem Niveau. Wir brauchen moderne Universitätskliniken. Wir brauchen eine attraktive Forschungslandschaft. Genau da setzen wir die Schwerpunkte in diesem Haushalt. 6,2 Milliarden € sollen den Hochschulen inklusive Forschung und Lehre in der Medizin zur Verfügung stehen. Das sind knapp drei Viertel des gesamten Einzelplans. Wir schaffen die finanziellen Voraussetzungen für gute Studienbedingungen auf international wettbewerbsfähigem Niveau.

Angesichts der hohen Nachfrage nach Studienplätzen in Nordrhein-Westfalen ist es ein ganz wichtiges Signal, dass wir das Studienangebot so ausweiten können. Ich bin froh, dass der Hochschulpakt fortgeführt wird. Ich bin froh, dass wir die Fachhochschulen so ausbauen können.

Wenn Sie an den Hochschulen unterwegs sind, werden Sie übrigens auch von der einen oder anderen Hochschule hören, dass dort viel Geld aus dem Hochschulpakt noch nicht ausgegeben worden ist. Wir haben da also noch Kapazitäten, wir haben Reserven. Wir werden darauf drängen, dass dieses Geld wirklich für die Studierenden verausgabt wird.

(Beifall von der SPD)

Frau Freimuth, wenn Sie davon sprechen, das es sich bei dem Hochschulpakt um Finanztricks handle, kann ich Ihnen nur empfehlen: Reden Sie mal mit dem Bund. Reden Sie mit Frau Wanka. Reden Sie mit dem Bundesministerium. Wir werden immer wieder dafür gelobt, wie transparent wir unsere Ausgaben ausweisen, wie transparent wir vorgehen. Da haben Sie eine vollkommen andere Wahrnehmung.

Ich glaube, es wäre generell gut, wenn die Opposition häufiger mit den Hochschulen reden würde. Dann wüssten Sie nämlich, Herr Berger, dass die Hochschulen für das Hochschulbaukonsolidierungsprogramm, das jetzt kommt, sehr dankbar sind. Wir stehen in intensiven Verhandlungen mit ihnen, welche Projekte da begonnen werden.

Sie wüssten, dass die Universitätskliniken sehr dankbar sind für das Sanierungs- und Modernisierungsprogramm mit einem Gesamtbudget von fast 700 Millionen €. Auch das können Sie nicht wegreden. Das ist etwas, was sich SPD und Grüne im Koalitionsvertrag vorgenommen hatten und was Sie jetzt hier im Haushalt wiederfinden.

Ganz wichtig ist uns die Finanzierung von Forschung und Innovation. Die Investitionen haben in diesem Bereich einen ganz klaren Fokus. Wir wollen nachhaltige Lösungen für die großen gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit.

Meine Damen und Herren von der Opposition, damit sind wir nicht alleine. Das sieht die EU so, das Forschungsrahmenprogramm ist so, der Bund geht in die gleiche Richtung. Wir haben damit angefangen. Was daran falsch sein soll, kann ich bis heute nicht sehen.

Wir brauchen doch diese Lösungen von der Forschung. Wer soll das denn sonst entwickeln? Das müssen doch die Forscherinnen und Forscher tun. Deswegen legen wir darauf so einen Schwerpunkt. Wir fördern interdisziplinäres Arbeiten und transdisziplinäres Arbeiten, weil das die Herausforderungen der Zukunft sind und weil dieses Arbeiten das Potenzial hat, wirklich Lösungen für die Menschen zu finden.

Es gibt fantastische Beispiele in Nordrhein-Westfalen für das, was wir alles auf den Weg gebracht haben, wo diese Forschung wirklich geleistet wird. Nehmen Sie das Deutsche Zentrum für Neurodegenerative Erkrankungen in Bonn. Nehmen Sie die Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft mit ihren fantastischen Instituten. Nehmen Sie den Aufbau des Max-Planck-Instituts für Chemische Energiekonversion in Mülheim. Das alles sind doch wichtige Investitionen in Forschung und Innovation, mehr als 700 Millionen €. Auch das können Sie nicht einfach wegrechnen.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, diese Landesregierung ist gewählt worden, um die Wissenschaftspolitik in Nordrhein-Westfalen in eine neue Richtung zu bringen – ohne Studiengebühren und mit einem modernen Hochschulrecht. Das haben wir in den Wahlkämpfen angekündigt, das haben wir im Koalitionsvertrag vereinbart, und das setzen wir seit fünf Jahren sehr erfolgreich um. Mit dem Hochschulzukunftsgesetz hat diese Neuausrichtung natürlich an Fahrt gewonnen. Die Opposition hat Horrorszenerien an die Wand gemalt, die sich allesamt nicht bewahrheitet haben.

Herr Dr. Berger, ich würde mich freuen, wenn Sie das schöne Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Landtags möglichst weit verbreiten und möglichst vielen zur Kenntnis geben.

(Dr. Stefan Berger [CDU]: Mache ich!)

Das ist eine schöne Bestätigung der Politik der Landesregierung.

Ich muss Ihnen aber ganz ehrlich sagen: Noch mehr freue ich mich über ein anderes Lob, und zwar das der Konrad-Adenauer-Stiftung. Wie Sie wissen, ist die Konrad-Adenauer-Stiftung normalerweise nicht unbedingt als Vorfeldorganisation von SPD und Grünen bekannt. Aber die Konrad-Adenauer-Stiftung hat Nordrhein-Westfalen jetzt noch einmal für die Hochschulautonomie gelobt. Wir sind bundesweit an der Spitze, was die Autonomie der

Hochschulen angeht. Das ist für eine Sozialdemokratin ein ungewöhnliches Lob aus dieser Richtung, aber ich nehme dieses Lob gerne an.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ein Jahr nach dem Inkrafttreten des Hochschulzukunftsgesetzes zeigt sich, dass es wirkt.

Wir haben mehr Geschlechtergerechtigkeit in den Hochschulen, und das ist gut so. Das ist der richtige Weg, das brauchen wir so.

Wir haben einen Vertrag über Mindeststandards für gute Beschäftigungsbedingungen an den Hochschulen in unserem Land auf den Weg gebracht, der jetzt unterzeichnet wird.

Wir haben ein Mehr an Demokratie in den Hochschulen, und wir haben eine sehr gute Zusammenarbeit zwischen Land und Hochschulen bei der Entwicklung des Landeshochschulentwicklungsplans gesehen und dort die Weichen für die Zukunft gestellt.

Diese Liste ließe sich noch lange fortsetzen. Und der Haushalt 2016 stellt jetzt die richtigen Weichen, um diesen Erfolgskurs fortzusetzen. Die Hochschulen haben in Nordrhein-Westfalen ein verlässliches Fundament. Sie werden so stark gefördert wie noch nie zuvor. Das ist ein guter Weg, den wir gehen.

Ich denke, dass wir diesen Weg auch fortsetzen werden. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht der Kollege Ali Bas.

Ali Bas (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Lehrerbildung ist ein wichtiger Bestandteil der akademischen Ausbildung an unseren Hochschulen. In einer inklusiven Gesellschaft haben Lehrerinnen und Lehrer eine besondere Schlüsselfunktion, die durch eine zukunftsweisende Aus- und Weiterbildung gewährleistet werden muss.

Investitionen in die Lehrerbildung sind nachhaltige Investitionen in die Zukunft unserer Gesellschaft und in die Zukunft unserer Kinder, meine Damen und Herren.

Im Einzelplan 06 des Landeshaushalt werden deshalb für das Jahr 2016 mehr Zuschüsse für Investitionen in die Lehrerbildung an den Hochschulen getätigt, und zwar insgesamt 22 Millionen €, was einer Erhöhung um 3,4 Millionen € entspricht. Hier soll vor allem der Ausbau von Fachdidaktikprofessuren und Lehrerausbildungszentren vorangebracht werden. Zur Umsetzung der Inklusion an unseren Schulen baut die Landesregierung auch die Studienplätze für die Förderpädagogik aus. Hier sind in der Endstufe

2.300 zusätzliche Plätze vorgesehen. Im Haushalt wird der Etat dabei von 9,2 Millionen auf 13,8 Millionen € erhöht.

Es gibt aber auch noch weitere wichtige Vorhaben, wie zum Beispiel Forschungsprojekte zur Erforschung des gewaltbereiten Salafismus und von Radikalisierungsprozessen junger Männer und Frauen. Hierzu gibt es 400.000 € zusätzlich im Haushalt. Damit wird eine Grundlagenforschung zur Erforschung des radikalen Salafismus ermöglicht, was Präventions- und Deradikalisierungsmaßnahmen auch voranbringt.

Eine weitere wichtige Veränderung ist der Etat zur Förderung der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft, der derzeit 15 Forschungsinstitute aus NRW angehören. Hier wird es auch zusätzliche 400.000 € zum bisherigen Ansatz geben.

Eine sehr erfreuliche Unterstützung kommt dem Engagement von Studierenden bei der Flüchtlingsarbeit zugute. Mit zusätzlichen Mitteln von 200.000 € wird diese Arbeit auch gewürdigt.

Der Haushalt für das Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung reagiert dabei auf wichtige gesellschaftliche Entwicklungen und tätigt die richtigen Investitionen. Ich empfehle an dieser Stelle in aller Kürze die Zustimmung. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Bas. – Verehrte Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Wir sind am Schluss der Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 06. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/10506, den Einzelplan 06 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht zustimmen? – Wer enthält sich? – Damit ist der **Einzelplan 06 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses angenommen** mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion der Piraten.

Ich rufe auf:

**Einzelplan 03
Ministerium für Inneres und Kommunales**

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/10386

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/10387

In Verbindung mit:

Gemeindefinanzierungsgesetz 2016

Ich möchte noch einen Hinweis geben: erstens auf die **Beschlussempfehlung** und den **Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 16/10503** zum Einzelplan 03, zweitens auf die **Beschlussempfehlung** und den **Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 16/10517** zum Gemeindefinanzierungsgesetz.

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die CDU-Fraktion dem Abgeordneten Theo Kruse das Wort.

Theo Kruse (CDU): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Sowohl der Gesamthaushalt 2016 der rot-grünen Landesregierung als auch der Einzelplan 03 des Innenministeriums verdeutlichen, dass dieser Landesregierung jeglicher Wille zur Strukturveränderung fehlt

(Widerspruch von der SPD)

und sie den hochpolitischen Zeitabläufen nicht gewachsen ist.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vor dem Hintergrund der allgemeinen politischen Lage, der extremistischen und terroristischen Bedrohung, der angespannten Sicherheitslage insgesamt und der desolaten öffentlichen Finanzlage in Nordrhein-Westfalen ist die Konzentration auf die Kernaufgabe des Staates mehr als angebracht.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, vor 14 Tagen, im letzten Innenausschuss, habe ich dem federführenden Fachminister, Herrn Minister Jäger, vorgeworfen, dass Nordrhein-Westfalen sein Gewaltmonopol nicht mehr durchsetzen kann. Diesen Vorwurf wiederhole ich heute im Zusammenhang mit der Haushaltsdebatte und weise nochmals daraufhin, dass der Staat seinen Bürgern ein Höchstmaß an Sicherheit schuldet.

(Beifall von der CDU)

Die organisierte Sicherheit durch den Staat ist eine wesentliche Säule unserer demokratischen Gesellschaft. Die Vermeidung von Straftaten und die Bekämpfung von Kriminalität liegen in Deutschland in der Zuständigkeit der 16 Länder. Wenn wie in Nordrhein-Westfalen die Sicherheit zunehmend käuflich wird und die Bürger von Herrn Minister Jäger sozusagen aufgefordert werden, ihre Wohnung und ihr Eigentum selbst zu schützen, ist dies in Wirklichkeit eine schleichende Bankrotterklärung der rot-grünen Landesregierung.

(Beifall von der CDU)

Nordrhein-Westfalen ist nach wie vor das schlechteste Flächenland im Ländervergleich.